

# Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt  
für Wahrheit, Recht und Freiheit

Bekannt täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Kaufgabe A.: Mit „Die Zeit in Wort und Bild“ beizufügen.  
10 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In  
Dresden durch Boten 2,20 M. In  
Dresden durch Boten 2,30 M.  
Kaufgabe B.: Ohne „Die Zeit in Wort und Bild“ beizufügen.  
1,90 M. In  
Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland bei Boten  
2,20 M. — Einzel-Nr. 10 P. — Zeitungspreis: Nr. 6558.

Interessante werden die Gesellschaften beizufügen über deren Raum mit  
15 P. Nachnamen mit 50 P. die Seite berechnet, bei Wiederholungen  
entsprechendes Abkatt.

Verantwortl. Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden, Wilsdruffer Straße 43. — Fernsprecher 1300  
Für Abgabe unbenutzt. Schriftliche keine Verantwortlichkeit  
Redaktions-Verantwortl.: 11—12 Uhr.

## Der „Sachsentag“.

Dresden, den 30. November 1910.

Der gestrige Tag sah im Reichstage das seltene Schauspiel, daß alle Parteien Sachsens wie ein Mann gegen die Schiffsabgaben sprachen. Eine so vollendete Einmütigkeit von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken zeigt uns den Ernst der sächsischen Opposition. Sie schützt ihr staatsrechtlich verbrieftes und in der Reichsverfassung niedergelegtes Gut der Abgabefreiheit auf der Elbe. Sachsen erhebt sich wie ein Mann, um sich gegen die Vergewaltigung durch die Mehrheit zu wehren. Das ist eine Einmütigkeit, die gegen die erzwungene im Bundesrat achtunggebend besteht.

Wer uns das Gut der Schiffsabgabefreiheit nehmen will, der muß uns zeigen, daß er es uns nicht nimmt wie einen Raub, sondern daß er es uns nimmt zu unserem und zu aller Wohl! Auf diesen Grundsatze des Geheimen Rates Dr. Wach stützen sich die Redner aus Sachsen. Der konservative Dr. Wagner, der zugleich als Sachwalter der übrigen sächsischen Vertreter der Rechten auftrat, fand recht kräftige Worte für das Recht der Konservativen. Er anerkannte die verschiedenen Zustände, welche die wirtschaftlichen Schäden zu mildern suchen, aber trotzdem würde besonders unsere Industrie bedeutenden Schaden erleiden. Der national liberale Abgeordnete Dr. Junck bewußte zunächst die so hervorgehobene Einmütigkeit im Bundesrat, da sich die kleinen Staaten einfach fügen mußten. Es wäre besser gewesen, wenn man schon eher die Verfassungsänderung als den allein gangbaren Weg anerkannt und den offenen Weg gewählt hätte. Statt einer Interpretation des Verfassungsartikels. Die Zustimmung der dissentierenden Staaten kann ganz loyal erreicht worden sein; hoffentlich sind sie auch überzeugt worden. Ich will meinen lieben Leipziger Mitbürgern gewiß nicht die Erfüllung ihrer alten Sehnsucht, der Verbindung mit dem Meere, mißgönnen, aber ich glaube, es wird sehr viel Wasser die Ströme hinabfließen, ehe der Kanal nach Leipzig gebaut wird. Dann wird es aber wohl auch die dreifachen Schiffsabgaben geben, und dann wird der Wasserweg nach Leipzig immer noch teurer sein als die Eisenbahn. Ich empfehle aber auch unseren preussischen Freunden Vorsicht. Redner verweist auf eine dem Reichstage zugegangene Denkschrift des Breslauer Schiffsabgabevereins, in der auch von den unkörperlichen Einrichtungen der Schifffahrt, Strompolizei usw. die Rede ist. Ich glaube, daß auch der Verkehrsminister eine unkörperliche Einrichtung ist. (Große Heiterkeit.) Nach einer Aufstellung des „Reichsanzeigers“ dürfte die Wasser- und Elberregulierung etwa 200 Millionen kosten. Davon handelt die Vorlage in zwei Seiten, bezüglich der Elbe in sechs (!) Zeilen. Wie anders war die Begründung der preussischen Kanalvorlage. Es scheint, als ob eine gewisse Resignation eingetreten ist, vom Reich aus große Aktionen zu übernehmen. Das Reich könnte doch die erforderliche Anleihe machen und die Abgaben selbst erheben. Davon ist aber in der Vorlage nicht die Rede. Die Vorlage negiert sogar eine Verpflichtung der Bundesstaaten, Abgaben zu erheben. An deren Stelle sollen zwischenstaatliche Verbände treten; der Reichskanzler hat sie Genossenschaften geheißen — ich möchte hinzufügen: m. b. G. mit bescheidenen Hoffnungen. (Große Heiterkeit.) Könnten die Stromverbände nicht durch das ersetzt werden, was man das Deutsche Reich nennt? So weit sind wir schon, daß einzelne Bundesstaaten feierliche Staatsverträge mit einander abschließen! Mit allen Mitteln der Diplomatie kämpfen die auswärtigen Ministerien der Bundesstaaten gegeneinander. Das ist kein erhebendes Schauspiel. Wir wissen noch nichts darüber, wie eigentlich die Abgaben erhoben werden sollen. Es wird überhaupt für die Schifffahrt nicht viel herauskommen. In den ersten vier Jahren netto kaum 65 000 Mark pro Jahr. Vorläufig sind Desterreich und die Niederlande noch nicht gewonnen. Aber es geschieht ja jeden Tag Zeichen und Wunder. Daher Vorsicht, denn es ist leicht möglich, daß man die Zustimmung des Auslandes erkaufte durch Konzessionen zu ungunsten deutscher Schiffer. Keinesfalls aber darf etwa der Rhein oder die Elbe einseitig belastet werden, so daß der Verkehr nach der anderen Richtung abwandert. Eine große nationale Politik wird mit dieser Vorlage nicht eingeleitet. Großartig ist weder die Vorlage, noch sind es die Reden des Reichskanzlers und des Eisenbahnministers. Unmögliche staatsrechtliche Kunststücken sind in der Vorlage enthalten, die nicht mehr auf dem Boden des Föderalismus, sondern des Partikularismus stehen.

Wir bedauern es, daß ein bayrischer Zentrumsabgeordneter diese gut ausgearbeitete Rede, die dem Reichskanzler und besonders dem preussischen Eisenbahnminister schwer auf die Nerven gefallen sein wird, lächerlich genannt hat. Wir haben die Wahrheit der bayrischen Rechte von Seiten der Bayern stets reflektiert und verlangen auch die gleiche Achtung, wenn Sachsen sein Recht verteidigt. Ist man denn im Deutschen Reich bereits so weit, daß der Nachbar wegen eines wirtschaftlichen Vorteiles zur Aufgabe eines Rechtes zwingen kann? Die Landmannschaften waren in der Vertretung ihrer Sonderinteressen sehr rührig. Ob ihre Begeisterung nicht rasch abgekühlt sein wird, wenn

ihre Taschen leer bleiben, dafür aber der Verkehr verteuert wird? Vor einigen Tagen warnte erst die Wiesbadener Handelskammer vor den Schiffsabgaben, gestern nahmen in einer Denkschrift die Vereinigten Arbeitsschiffe (Städte, Handelskammern und Wirtschaftlicher Verein) gegen den Entwurf des Gesetzes kritische Stellung, heute liegt folgende Resolution des Handelsvertragsvereins vor:

Die Interessen der deutschen Volkswirtschaft verlangen unbedingt die Aufrechterhaltung der Abgabefreiheit auf den natürlichen Wasserstraßen. Der wirkliche Zweck der dem Reichstage zugegangenen Vorlage ist weniger die Förderung des Ausbaues der Wasserstraßen, als vielmehr die Vertiefung des Verkehrs, um einseitigen agrarischen Wünschen zu entsprechen. Die Sicherung der Verkehrsinteressen durch die Strombeiräte ist unwirksam. Abgesehen davon, daß solche nur für die drei Gemeinschaftsströme, nicht aber für die anderen Wasserstraßen vorgeesehen sind, soll ihnen nicht einmal eine Mitwirkung bei der erstmaligen Festsetzung der Abgaben zustehen, und da ihre Zusammensetzung in dem Belieben der Behörden stehen soll, ist ein wirksamer Schutz gegen weitere Erhöhung der Abgaben nicht gegeben. Billig der Willkür der Verwaltungsbehörden preisgegeben werden sollen aber alle nicht gemeinschaftlichen Wasserstraßen, speziell die des Ostens; führen die Verhandlungen mit Desterreich und den Niederlanden nicht zum Ziele, so sollen zwar Elbe und Rhein von Befahrungsabgaben freibleiben, dagegen den ohnehin minder leistungsfähigen Wasserstraßen neue Lasten auferlegt werden. Das aber würde eine schwere Benachteiligung ihrer Verkehrsgebiete sein. Wird aber die Zustimmung von Desterreich und den Niederlanden durch politischen Druck erreicht, so kann es nicht ausbleiben, daß unsere wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu diesen für unseren Export so wichtigen Ländern erheblich verschlechtert werden. Zu diesen wirtschaftspolitischen Bedenken kommen solche finanzpolitischer Natur. Es fehlt jede Uebersicht über die voraussichtlichen Kosten und die voraussichtlichen Einnahmen, es fehlt jede Berechnung, ob und inwieweit die vorgesehenen Abgaben hinreichen würden, um auch nur die in der Vorlage erwähnten Projekte zu verwirklichen. Unter diesen Umständen wäre die Annahme dieser unfertigen Vorlage ein gewagter Sprung ins Dunkle. Der Handelsvertragsverein richtet daher an den hohen Reichstag die ergebene Bitte, dem Gesetzentwurf seine Zustimmung nicht erteilen zu wollen.

## Handschreiben des Königs von Sachsen an den Finanzminister v. Rügen.

Se. Majestät der König hat an Se. Excellenz den Staatsminister v. Rügen anlässlich seines Ausscheidens aus dem Staatsdienste nachstehendes Handschreiben gerichtet:

„Mein lieber Minister v. Rügen! Ihr hohes Alter hat Sie leider genötigt, mich für Ende des laufenden Monats um Ihre Entlassung zu bitten. So gern ich mir und dem Lande Ihre hervorragende Kraft noch lange erhalten hätte, vermag ich mich der Berechtigung dieses Wunsches nicht zu entziehen. Indem ich Ihnen daher die Entlassung aus Ihren Aemtern in Gnaden bewillige, ist es mir ein wahrhaftes Bedürfnis, bewegten Herzens Ihnen für die unschätzbaren Dienste zu danken, die Sie mir, meinen Vorgängern auf dem Throne und dem Vaterlande in aufopfernder Treue geleistet haben. Vor allem wird es Ihnen unvergessen bleiben, daß Sie, wie schon die in Gott ruhenden Könige Albert und Georg besonders zu schätzen wußten, unter schwierigen Verhältnissen das Finanzministerium übernommen haben und bei Führung dieses verantwortungsvollen Amtes haben Sie dann Ihre ganze Kraft für die Gesundung der Staatsfinanzen eingesetzt und durch tatkräftiges Schaffen Erfolge erzielt, die dem Staate und allen Zweigen seiner Verwaltung zum Vorteil gereichten. Es ist mein herzlichster Wunsch, daß es Ihnen beschieden sein möge, in Rücksicht auf eine vorbildlich vollbrachte Lebensarbeit eines langen gelegenen Ruhestandes sich zu erfreuen. Ihr wohlgeneigter König Friedrich August.“

## Politische Rundschau.

Dresden, den 30. November 1910.

Der Kaiser begab sich am Dienstag von Oppeln nach Breslau, um dort der Einweihung der neuen technischen Hochschule beizuwohnen. Dort angekommen, bestieg der Kaiser das Katheder, um eine Ansprache zu halten. Darauf ergriff der Kultusminister das Wort und hielt ebenfalls eine Ansprache. Außerdem sprach noch der Rektor der Hochschule Professor Dr. Schenk. Nachdem die Feierlichkeiten beendet waren, machte der Kaiser einen kurzen Rundgang und nahm den Vorbeimarsch der Ehrenkompanie ab. Nachmittags 4 Uhr reiste der Kaiser nach Bildpark ab.

Unterstaatssekretär Böhmer im Reichskolonialamt mußte sich einer Operation unterziehen; er hat einen Urlaub von sechs Monaten genommen.

Das Personalreferat im Reichskolonialamt hat Geheimrat Dr. Schnee abgegeben, zu seinem Nachfolger ist Geheimrat Dr. Heinde ernannt worden.

Geheimrat Gottsche im Reichskolonialamt hat sein Entlassungsgesuch eingereicht; er ist der dienstälteste Rat und sieht sich übergangen, weil er nicht Gouverneur in Südwestafrika wurde.

Eine Kabinettsorder des Kaisers gegen den Alkohol. Nach einem Kieler Telegramm lassen sich die dortigen R. R. aus Berlin melden, daß im Anschluß an die Wärmter Ansprache des Kaisers eine Kabinettsorder an die Offiziere der Armee ergangen ist, in welcher der Kaiser die Erwartung ausdrückt, daß das Offizierskorps die Mannschaften der Armee im Kampfe gegen die Trunksucht und den Alkoholmißbrauch mit gutem Beispiel unterfütze.

Dem Reichstage ist gestern der Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres zugegangen. Danach wird diese vom 1. April 1911 ab allmählich dermaßen erhöht, daß sie im Laufe des Rechnungsjahres 1915 die Zahl von 515 321 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht und in dieser Höhe bis zum 31. März 1916 bestehen bleibt. Davon sind beteiligt Preußen einschließlich der unter preussischer Militärverwaltung stehenden Rottmante mit 399 026, Bayern mit 57 133, Sachsen mit 38 911, Württemberg mit 20 251 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten. Die Zahl der Formationen wird so erhöht, daß am Schlusse des Jahres 1915 bestehen 634 Bataillone Infanterie, 510 Schwadronen Kavallerie, 592 Batterien Feldartillerie, 48 Bataillone Fuhrartillerie, 29 Bataillone Pioniere, 17 Bataillone Verkehrsstruppen und 23 Bataillone Train.

Die Neuwahlen. In der Presse ist behauptet worden, daß man in Regierungskreisen die Absicht bege, die Neuwahlen im Reichstage erst im Januar 1912 vorzunehmen zu lassen. Wie die „Tägl. Rundschau“ von gut unterrichteter Bundesratsseite erzählt, hat ein solcher Plan an maßgebender Stelle niemals bestanden. Es ist beabsichtigt, die Neuwahlen in der zweiten Oktoberhälfte und die Stichwahlen im November vorzunehmen. Den Etat für 1912 in vier Wochen erledigen zu lassen, wie in der Presse angeregt worden war, ist vollständig unmöglich, ein solcher Vorschlag ist in Regierungskreisen auch niemals erwogen worden. Wir sind der Ansicht, daß die Neuwahlen noch früher stattfinden werden.

Das Arbeitskammengesetz scheint doch Aussicht auf Annahme zu haben. Die Regierung stellte sich bisher auf den Standpunkt, daß das ganze Gesetz unannehmbar sei, wenn die Sekretäre der Organisationen wählbar seien für die Arbeitskammern. Jetzt scheint sie nach der „Freil. Zeitg.“ zu einem Kompromiß geneigt, aber zu einem recht eigenartigen. Sie löst nämlich durch ihre Offiziosen vorschlagen, die Bestimmung solle so gefaßt werden, daß die Arbeitersekretäre zwar bei den ersten Wahlen zu den Arbeitskammern ausgeschlossen, aber bei allen späteren Wahlen zugelassen sind, sofern Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeder Kammer damit einverstanden sind. Das ist ein ganz seltsamer Vermittlungsvorschlag, bemerkt das genannte Blatt. Er komme zwar in der Form dem Wunsche der Linken entgegen, in der Sache selbst aber mache er die Wahl von Arbeitersekretären so gut wie unmöglich, denn er lege die Entscheidung in die Hände der Arbeitgeber, und da gerade von diesen der Widerstand gegen die Zulassung der Gewerkschaftsführer zu den Arbeitskammern ausgehe, so sei mit Sicherheit zu erwarten, daß die Zulassung nur ganz selten erzielt werden wird. Man kann sich auch noch einen anderen Ausgleich denken. Jedenfalls muß das Gesetz zustande kommen, ohne daß die Arbeitersekretäre ausgeschlossen sind.

Die preussische Regierung und der Modernisteneid. Ueber die Stellungnahme der preussischen Regierung zu dem vielbesprochenen Frage des Modernisteneides wurde dieses Tage behauptet, daß ein „entscheidender Schritt“ der preussischen Regierung zu erwarten stehe. Nach den Mitteilungen der „Deutschen Tageszeitg.“ liegt ein bestimmter Beschluß in dieser Richtung nicht vor, auch ist nach Auffassung der entscheidenden Stellen einstweilen keine Veranlassung zu einem solchen gegeben. Man sei zunächst im Zweifel, ob der Eid, der übrigens bereits vom Tridentinum und zwar als „quotannis“ zu leisten gefordert wird, auch von Lehrern an deutschen Hochschulen seitens der Bischöfe verlangt werden wird. Der Text des Eides mache einen Unterschied zwischen „Universitas catholica“ und „Universitas civilis“. Für den Staat von Interesse sei lediglich die „Universitas civilis“, und es sei ungewiß, ob der Beschluß des consilium episcoporum auch auf weltliche deutsche Hochschulen zu beziehen ist.

„Wird der Eid.“ so heißt es weiter, „von deutschen Hochschullehrern verlangt, so ist es deren Sache, wie sie sich zu diesem Ansinnen stellen wollen. Finden sie die Ableistung des Eides mit ihrem Lehramt verträglich, so wird sie staatlicherseits niemand daran hindern. Für den Staat würde die Angelegenheit aktuelles Interesse erst dann gewinnen, wenn ein Professor den Eid verweigern und wegen einer ihn in der Ausübung seines Lehramtes beengenden Forderung der kirchlichen Behörde bei der Regierung Beschwerde führen sollte. In diesem Falle, der allerdings kaum eintreten dürfte, würde der Staat sich bemühen, den Professor zu schützen. Sonst wird man die Forderung des Eides und seine Ableistung als interne Angelegenheit der katholischen Kirche betrachten und eine auß-





# Notierungen der Dresdner Börse vom 30. November

Die Schlußkurse sind bei festgesetzten Kursen gleich dem Höchst- oder Niedrigstkurs der betreffenden Aktien, bei schwankenden Kursen dem Schlusskurs.

<b>Deutsche Reichsanleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Deutsche Reichsbank</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Deutsche Staatsanl.</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Preuss. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Österr. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40

<b>Städt. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Deutscher Reichsbank</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Deutsche Reichsbank</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Preuss. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Österr. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40

<b>Deutscher Reichsbank</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Preuss. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Österr. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Städt. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40

<b>Deutscher Reichsbank</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Preuss. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Österr. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Städt. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40

<b>Deutscher Reichsbank</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Preuss. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Österr. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40
<b>Städt. Anleihe</b>	8	98,40	8 1/2	98,40
do.	4	100,00	8 1/2	98,40

**Kath. Kasino zu Dresden.**  
 Sonntag den 4. Dezember 1910 abends 8 Uhr  
**Großer Theater-Abend**  
 im großen Saale des Gefellenhause, Käufersstraße 4.  
 Zur Aufführung gelangt: „Zwischen zwei Herzen“, Schauspiel in 4 Akten von Richard Vogl. — Eintrittskarten à 0,50 M. für Angehörige und Gäste sind vorher erhältlich bei allen Buchhandlungen, Herrn Buchhändler Paul Sed (Schmidtsche Buchhandlung), Schloßstraße, Hausmeister Reuber, Gefellenhause, Mitglieder frei.  
 Einlaß 7 Uhr.  
 Der Vorstand.

**Katholisch. Meister-Verein, Dresden.**  
 Donnerstag den 1. Dezember abends 7 1/2 Uhr  
**Versammlung.**  
 Da diese die letzte Versammlung vor Weihnachten ist, möchten die Mitglieder zahlreich erscheinen.  
 Der Vorstand.

Reine  
**Gürtel-Bänder**  
 und  
**Gürtel-Schlösser**  
 sind stadtbekannt.  
**Ernst Götting,**  
 Dresden, Breite Str. 16.  
 Schneider-Artikel, Korsetts, Schürzen, Wäsche.

**Gebrauchte Rover,**  
 auch defekte, kauft, ob. bei Ankauf eines neuen Rades übernimmt  
**Hugo Spreer**  
 Dresden, Bauhner Str. 98  
 und König-Albert-Str. 18.

Manag. Wapen, Jagdt  
 im eigenen Atelier  
**Glaser, Vasen, Schalen, Tafeldekorationen etc.**  
 empfiehlt zu recht billigen Preisen.  
**B. Liebig**  
 Glasherstellung  
 Dresden Grunauer Str. 23

**Musikalien aller Art,** Studienwerke für alle Instrumente, neu und antiquarisch.  
**Humorist. Vorträge** für alle Gelegenheiten.  
**Heinr. Posselt,** jetzt nächst dem Rathaus, Moritzstr. 19, Kataloge gratis.

**Krafft's**  
 Bayerische Bierstuben  
 Dresden - Altstadt  
 König-Johann-Straße 11  
 Jeden Mittwoch:  
 Großes Schlachtfest.  
 Jeden Donnerstag  
 mittags und abends:  
 Sauerbraten mit  
 Voigtländischen Klößen  
 Jeden Sonnabend  
 mittags und abends:  
 Schweinsknochen-Kloß  
 Special-Ausschank des  
 berühmten  
 Kulmbacher Petzbräu  
 hell und dunkel  
 1/10 Liter 20 Pfg.  
 Angenehmer  
 Familienaufenthalt.

**Künzelmann's**  
 Reform  
 Kinder-  
 Betten  
 sind stabil, preiswert u. schön.  
 Mit u. ohne Ausstattungen  
**Moritz-Str.**  
 Ecke Ring-Str.

## Seefische billig!

Feinster Helgoländer Schellfisch, je nach Größe . . . Pfund 22-42

Goldbarsch, ohne Kopf Pfd. 26	Schellfisch, im Anschn. Pfd. 44	Bratschollen . . . Pfund 25
Kabeljau im Anschnitt Pfd. 34	Seeaal, im Anschnitt Pfd. 50	Fisch-Filet, bratfertig, Pfd. 50
Seelachs im Anschnitt Pfd. 34	Rotzungen, groß . Pfund 45	Schollen, groß . . Pfund 50

Tafelzander Pfund 80, Heilbutt Pfund 80, Steinbutt Pfund 110

## Nordsee, Webergasse 30.

Fernspr. 2471.

Niederlagen: Dresden-Neustadt, Görlitzer Str. 1, Inh. Fr. Meinhold, Fernspr. 1470  
 Dresden-Pieschen, Osthafer Str. 21, Inh. Fr. Wiegand, Fernspr. 4203.



**Spülkannen,** komplett, einzelne  
**Spülkannen-schläuche,** einzelne  
**Spülkannen-garnituren,** einzelne  
**Darmrohre** von Weichgummi,  
**Darmrohre** von Hartgummi.  
**Richard Münnich,**  
 Dresden - Neustadt,  
 Hauptstraße 11.

## ff. Fleisch- und Wurstwaren

**Curt Mertzsching**  
 Dresden-Str., Wittenbergerstr. 79.

### I. Geldlotterie

zum Besten der Königin-Carola-Gedächtnis-Stiftung.  
 55719 Geldgewinne ohne jeden Abzug, im Gesamtbetrage von 225000 M.  
 Hauptgewinne 25000, 15000, 10000 M. usw.  
 Ziehung: am 15. und 16. Dezember 1910.  
 Auf je 10 hintereinander folgende Nummern wird mindestens ein Gewinn garantiert.  
 Lose zu 1 Mk. durch den „Invalidendank“ zu Dresden. (Für Porto 15 Pfg., für Zusendung der Gewinnliste weitere 10 Pfg. beizufügen.) Serie von 10 Lose 10 Mk. einschl. Porto u. Gewinnliste. Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

### Lacke und Farben

für jeden Zweck.  
 Spezialität: Streichfertige Oelfarben in allen Nuancen. Zuverlässige, erprobte Qualitäten. Fachmännische Bedienung. Billige Preise.  
**F. Carl Schneider Nachf. Willy Schimpf**  
 Spezialgeschäft für Farben und Lacke  
 Tel. 1844. Dresden, Pirnaische Str. 24. (Geogr. 1908)

### Neu-Vergoldungen alter Rahmen

etc. etc.  
**Mag Bäcker, Dresden**  
 72 Blasewitzer Straße 72. 1909

### Kohlen, Brifetts, Koks, Holz,

prima Ware, billigsten Tagespreisen  
**M. W. Tenber, Dresden,**  
 Kreuzerstraße 16, im Lämmchen-Grundstück.

### Elektr. Lichtbäder,

auch Teillichtbäder,  
**Diana-Bad**  
 Dresden, Bürgerwiese 22.  
 Schöne freundliche Schlafstellen im Vereinsheim der kathol. erwerbstätigen Frauen u. Mädchen, Dresden-Neustadt, Antonstraße 7.

Druck der Saxonia-Druckerei. Verlag des katholischen Vereines. Dresden, Pirnaische Straße 24.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 29. November. 1 Uhr 20 Minuten.

Eingegangen ist die Militärvorlage.

Die erste Lesung des Wasserstraßengesetzes (Schiffahrtsabgaben) wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Zehner (Str.): Wir sind als Badener nicht grundsätzliche Gegner der Schiffahrtsabgaben, denn wir haben die anliegenden Gemeinden bei der Rheinkorrektion zu den Kosten herangezogen. Wenn nun das Reich ebenso die Interessenten heranzieht, so läßt sich hiergegen nichts Prinzipielles einwenden. Der frühere Entwurf über die Abgaben von 1909 aber mußte wesentliche Bedenken hervorrufen; der neue beseitigt sie erheblich. Bieleicht hätte es schon genügt, wenn man nur den Artikel 54 völlig klargestellt hätte; dann hätte jedes Land für sich die Sache regeln können. Wir Badener liegen am Oberrhein und haben daher infolge der weiten Entfernungen die höchste Belastung zu tragen. Die Kanalisierung des Neckars bringt für Mannheim nicht den erhofften Vorteil. Andere wünschen nicht die Vertiefung des Rheins zwischen St. Goar und Mannheim; selbst Schiffer sind lebhaft Gegner hiervon. Die Einteilung der Güter in Tariffklassen muß gesetzlich festgelegt werden.

Abg. Dr. Wagner (Sachsen (Konf.)) erklärt sich im Namen der sächsischen Abgeordneten der konservativen Partei, der Reichspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Reformpartei gegen die Schiffahrtsabgaben. Es ist anzuerkennen, daß es der Haltung der sächsischen Regierung mit zu danken ist, daß der vorliegende Gesetzentwurf eine Gestalt gewonnen hat, die den Bedenken Rechnung trägt, die vom verfassungsrechtlichen Standpunkte aus gegen die frühere Planung erhoben werden mußten, und daß er in einigen Punkten die Schäden zu mildern sucht, die die sächsische Volkswirtschaft durch die Aufhebung der Abgabefreiheit auf der Elbe, der Hauptlebensader Sachsens, erleiden wird. Trotzdem müssen wir betonen, daß die Einführung solcher Abgaben auf der Elbe auch mit den erlangten Zugeständnissen für Sachsen, namentlich für unsere bedeutende Industrie gegenüber dem bisherigen Zustande einen erheblichen Schaden bedeutet. Wir werden hiernach gegen die Vorlage stimmen. Alle politischen Parteien Sachsens sind einig in der Ablehnung. In beiden Kammern des sächsischen Landtages erhob sich nicht eine Stimme dafür. Alle Berufsstände, Industrie und Landwirtschaft, marschieren Arm in Arm. Staatsminister v. Breitenbach hat gestern erklärt, die aus dem Ertrage der Abgaben herzustellenden Verbesserungen der Fahrtrinne minderten die Beförderungskosten. Dadurch werde ein Ausgleich geschaffen, indem die Minderung dieser Kosten sogar höher sein werde, wie die Belastung durch die Schiffahrtsabgaben. Der Einwand geht fehl. Er würde nur dann zutreffen, wenn die Abgaben nur für flüchtige Stromverbesserungen, nicht auch für die laufende Stromunterhaltung erhoben würden, und wenn außerdem die Erhebung erst dann beginnen würde, wenn und soweit die Stromverbesserungen, von denen die Ermäßigung der Beförderungskosten erwartet wird, schon vollendet wären. Dem steht der Paragraph 3 unter a ent-

gegen. Das ist der bedenklichste Punkt. Wenn man nun einmal Schiffahrtsabgaben absolut einführen will, dann mag man wenigstens diese Bestimmung befeitigen. Bei der jetzigen Vorlage ist damit zu rechnen, daß die Einführung der Befahrungsabgaben auch eine Erhöhung der Schiffsfrachten nach sich ziehen wird. Das muß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse in Sachsen beeinträchtigen. Es besteht die Gefahr, daß der Betriebsbereich unserer sächsischen Elbschiffahrt verringert, die Verkehrsverhältnisse der verschiedenen Umschlagsplätze auf der Elbe zum Nachteil der von Hamburg entfernteren Plätze, also zum Nachteil der sächsischen, verschoben werden. Das würde ein Rückgang auch der Einnahmen der von unseren Umschlagsplätzen ausgehenden sächsischen Staatsbahnen bedeuten. Die niedrigen Zahlen, die Herr v. Breitenbach gestern anführte, waren sehr überraschend, aber es waren nur Zahlen für eine Tonne. In Sachsen kann die Bilanz eines größeren Industrieunternehmens durch die Abgaben jährlich allein um 30 000 Mark belastet werden. Auch kann die Abgabe für einen Elblahn auf einer Fahrt bis Hamburg insgesamt 800 Mark betragen. Solche Beträge können weder die Schiffer, noch die Verarbeiter auf sich nehmen. Sie werden dann höhere Warenpreise nach sich ziehen. Auf die jetzt so billige Zufahrtsstraße der Elbe für Erze, Roheisen, Holz, Düngemittel, Spinnstoffe, Petroleum haben sich unsere Industriezweige, aber auch unsere landwirtschaftlichen Betriebe in Sachsen eingerichtet. Mit der Verteuerung dieser Rohstoffe durch die höhere Fracht werden diese Betriebe in ihrem Wettbewerbe beeinträchtigt. Allein nach Freiberg werden jährlich für rund 10 Millionen Mark ausländische Erze über Hamburg, Riesa gebracht und in den staatlichen Werken verhüttet. Diese Hüttenbetriebe werden die geplanten Abgaben allerdings nachteilig empfinden. Die Abgaben bedeuten aber auch eine Gefahr für den Absatz der sächsischen Produkte, die bisher auf der Elbe befördert wurden. Das gilt insbesondere für den Kahnverkehr mit den geringwertigen Masseugütern. Man denke an unseren sächsischen Sandstein; er würde wahrscheinlich zum Teil unrentabel werden, weil auch nur eine geringe Erhöhung der Unkosten den jetzt schon bescheidenen Gewinn aufzehren würde. Die Abgabefreiheit auf der Elbe habe zum Segen unseres Landes gewirkt. Sie entspreche dem seit der Reichsgründung bestehenden Rechtszustande, und wir wehren uns mit vollem Rechte ganz energisch gegen eine Aenderung.

Abg. Korfanty (Vole): Der Entwurf ist keine Förderung des Verkehrs, sondern schädigt diesen, darum sind wir Gegner.

Abg. Stolle (Soz.): Das Gesetz hat einen agrarischen Charakter und kann nur in einem Junkerparlamente Annahme finden. Die Regierung will die Eisenbahntarife erhöhen, darum unterbreitet sie dieses Gesetz. Der Entwurf ist das Eingeständnis des Fiascos der Reichsfinanzreform. (Jura: Au!) Denn trotz der neuen Steuern haben die Bundesstaaten kein Geld für Kulturzwecke. Wie will das Reich die Zustimmung von Oesterreich und Holland gewinnen?

Abg. Dr. Junk (All.): Man braucht ganz anderes Material, um zur Vorlage Stellung nehmen zu können;

man sollte dem Bundesrate die Vorlage wieder zurückgeben, daß er Pläne ansarbeite. (Weiterheit.) Wie hat man die süddeutschen Brüder durch Versprechungen gewonnen? Aber wir Sachsen sind und bleiben Gegner dieses Entwurfes. In der Verfassungsfrage soll nun Klarheit geschaffen werden; das ist erfreulich, aber auch sonst nichts an der ganzen Vorlage. Die kleinen Schiffer haben von der Vorlage keinen Vorteil. Es ließe sich darüber reden, wenn das Reich die Abgaben erheben würde; das wäre eine großzügige Reichspolitik. Aber so verzichtet das Reich auf seine selbstständige Politik und schon darum sage ich: Vorsicht! Man bildet Strombauverbände, das heißt G. m. b. H., mit beschiedenen Hoffnungen. (Weiterheit.) Müßten die Einzelstaaten den Staatsverträgen zustimmen oder nur den erforderlichen Anleihen? Wie hoch sind die Kosten der Erhebung und wie umständlich wird dies sein? Wie der Entwurf vorliegt, ist er für uns unannehmbar. (Beifall links.)

Abg. G. h. m. a. n. n (Freis. Vp.): Der deutsche Reichsgedanke leidet durch den Entwurf nicht, denn dieser hat unter dem Druck der öffentlichen Meinung eine Fassung angenommen, nach der die Abgaben nicht mehr für allgemeine Zwecke verwendet werden dürfen, sondern nur für den Ausbau der Wasserstraßen. Diese Gesamtrichtung kann fruchtbar gemacht werden für die nationalökonomische Entwicklung. Die ablehnende Haltung Badens gegen die Schiffbarmachung des Neckars hat in Württemberg den Wunsch nach einer reichsgesetzlichen Regelung gesetzigt. Manche Einzelheiten des Entwurfes sind noch zu verbessern, damit er ein brauchbares Gesetz werden kann. Die Tarifsätze sind im Gesetze genauer zu fixieren.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die Vertiefung des Rheines soll in erster Linie dazu dienen, um die Rheinfloße stets in voller Fahrt halten zu können, damit sie nicht in St. Goar leichtern muß. Die Schiffbarmachung des Rheins liegt im Bereiche der Möglichkeit. Die Schiffahrtsabgaben führen zu keiner Erhöhung der Eisenbahntarife. Die Sozialdemokratie allein lehnt das Gesetz prinzipiell ab, obwohl Schippel den Grundgedanken für ganz zutreffend hält. Herr Junk will Vorsicht walten lassen. Die Strombauverbände sollen Werke finanzieren, die der Staat nicht bauen kann. Die Kanalisierung der Mosel kann zur Zeit nicht in Frage kommen und zwar aus wirtschaftlichen Gründen.

Abg. Gerstenberger (Str.): Wenn die Lächerlichkeit töten kann, hat Junk die Vorlage zu Falle gebracht, aber er war mehr ein Karikaturenzeichner. Aber dafür ist die Sache zu ernst. Die Sassen vertreten hier ihre Sonderinteressen am schärfsten. Die Schiffahrtsabgaben sind prinzipiell gerechtfertigt. Die Gegner fordern Privilegien für einen einzelnen Zweig des Erwerbslebens. Wir treten für gleiche Rechte aller Erwerbsstände ein. Gerade die Erhebung von Abgaben fördert eine Reihe von Kultur- und Unternehmungen. Der Verkehr wird hierdurch nicht gehemmt; eine Tonne Kohle, 20 Zentner, von Rotterdam nach Mannheim kostet 5 Pfennig, ebenso ist es mit Getreide. Ist es denn national, wenn einzelne Städte alles behalten wollen, was sie haben? Ohne die Abgaben kann man die Flüsse nicht ausbauen. Das ganze Hinter-

Von da an war seine Miene düster und verschlossen, während er an die Ausführung seines verbrecherischen Planes ging. . . Zuerst schloß er das Fenster und zog sorgfältig die Vorhänge vor, worauf er den Leichnam Remis gänzlich entkleidete. Dies war ein schreckliches Stück Arbeit, welche er wiederholt im Stiche lassen wollte. Drei- oder viermal meinte er, der leblose Körper wende sich ihm zu, um ihn über das, was er, Georg, für eine Profanation ansah, zur Rede zu stellen. Ferner war die Sache ungemein schwierig. Die Gliedmaßen waren bereits kalt und steif geworden, und er mußte dem Toten die Wäsche vom Körper schneiden, da er sie anders nicht zu entfernen vermochte. Neugierig, mit schweißbedeckter Stirne, ängstlich blidenden Augen und von Bewußtseinsbissen gepeinigt ging er hastig zu Werke, ohne recht zu wissen was er tat. Hierbei zog sich ein Arm, den er ausstrecken mußte, um den Hemdärmel herabzuziehen, plötzlich zusammen und die zurückschnellende Hand des Toten verlegte Georg einen leichten Schlag auf die Wange. Der unglückliche sprang erschrocken zurück und hätte auf ein Haar die Luft ergriffen. Er erinnerte sich aber neuerdings an seine Frau und Tochter, und kehrte an sein trauriges Werk zurück, um es schließlich zu vollenden. Nachdem er den Leichnam entkleidet hatte, legte Georg die eigenen Kleider ab und zog die seines Bruders an, worauf er diesem die soeben abgelegten Kleidungsstücke anzog. Als dieser ebenso traurige als schwierige Kleidungswechsel vor sich gegangen, begab sich Georg vor einen Spiegel, um sich in demselben zu betrachten. In den Kleidern seines Bruders war er so genau dessen Ebenbild, daß er unwillkürlich murmelte: „Remi!“ Dieser Anblick beruhigte ihn einigermaßen über den Ausgang seines vertegenen Unternehmens, und er sagte sich: „Nun gilt es, Laurencia in Kenntnis zu setzen.“

Einem Moment war er ratlos, dann fügte er hinzu: „In Kenntnis zu setzen? Wobon denn? Soll ich ihr sagen, was ich getan, und sie ohne weiteres in mein Geheimnis einweißen, oder soll ich ihr und Geneviève gegenüber ebenso die Rolle meines Bruders spielen wie allen anderen Personen gegenüber? . . . Ich muß mich wohl für das letztere entscheiden, denn ich kenne sie gut. Sie würde niemals sich dazu verstehen, mich in meinem Vorhaben zu unterstützen; in ihrer Rechtschaffenheit und Gerechtigkeitliebe würde sie mir ihre Entrüstung keinen Moment vorenthalten. Ja, noch mehr, sie würde mich gewiß zwingen, meine verzweifelte, sorgenvolle Situation weiter zu ertragen. . . Was soll ich tun? . . . Und meiner Unentschlossenheit muß ich trotzdem ein Ende machen. Ich habe einen Pfad betreten, auf welchem es vorwärtszuschreiten gilt, wenn auch nicht ohne Furcht, so doch ohne Jögern. Ich werde sie also selbst von meinem Tode in Kenntnis setzen. Erkennt sie mich, nun, so werde ich sie zu veranlassen suchen, an meinem Wagnis teilzunehmen.“

Georg eilte zur Tür des Salons; doch bevor er hinausging, glaubte er ein unbestimmtes Geräusch zu vernehmen. Es schien ihm jetzt, als hätte sein Bruder einen Seufzer ausgestoßen. „Er wird endlich zum Bewußtsein erwachen,“ sagte er sich, zu dem Regungslosen zurückkehrend. „Ich hatte schon große Angst.“ All dies hatte viel Zeit in Anspruch genommen, und es war nahe an Mitternacht. In dem ganz isoliert inmitten eines großen Gartens gelegenen kleinen Pavillon nahm sich der traurige Vorgang recht gespenstisch aus, worüber sich Georg instinktiv klar wurde. Während er seinen Bruder überwand anstarrte, vollzog sich bei diesem eine erschreckende Veränderung. Die Augen wurden vollständig gläsern, die Lippen mit jeder Sekunde dünner und farblos, die Nasenflügel sanken ein, wodurch die Nase spitzig hervortrat, und die Daumen krümmten sich gegen das Innere der Handfläche. Wieder erfaßte Georg das Handgelenk seines Bruders und wollte abermals dessen Namen nennen; doch war jetzt kein Zweifel mehr möglich. „Er ist bereits ganz kalt!“ sagte er sich voll Schrecken. Und ohne recht zu wissen, was er tat, drückte er das Ohr auf die Brust Remis, um zu lauschen. Das Herz pochte nicht mehr. Ein kleiner Spiegel, den er an die Rippen des Unglücklichen hielt, blieb klar und ungetrübt. „Tot! er ist tot!“ rief Nargeval in höchster Verzweiflung aus. „Armer Bruder! Mein armer Remi!“ Er sank auf das Sofa zu den Füßen des Leichnams nieder, von schmerzlichen Gedanken bewegt, wobei sein Kinn fast seine Brust berührte. Plötzlich aber fuhr er in die Höhe und hob die geballte Faust gen Himmel empor. „Ach Unglücklicher! Ich tausendmal Unglücklicher!“ rief er dabei aus. „Wieder bin ich es, den diese Katastrophe am schwersten heimsucht. Gott! Gott! womit habe ich mich gegen dich vergangen? Er wollte mir in meiner Not zu Hilfe kommen, und nun stirbt er da plötzlich, ohne mir einen Sou gegeben zu haben. Er hat keine hundert Franken im Hause, wie er mir vorhin sagte! . . . So entgeht mir denn alles. An wen soll ich mich jetzt wenden? . . . Das Unglück hat sich an meine Fersen geheftet, es weicht nicht von mir, sondern drückt mich zu Boden, daß ich mich nicht mehr zu erheben vermag und den Kampf aufgeben muß. . . Besser wäre mir, tot zu sein, als ohne Unterlaß den Felsen des Sisyphus vor mir einherzumwälzen, der immer wieder auf mich zurückfällt. . . Remi ist tot, und mit ihm erlischt auch die Rente. Er bewohnt hier einen Pavillon, wo nicht einmal die Möbel ihm gehören, und ich bestige keinerlei Anspruch auf eine Erbschaft, die nicht einmal hinreichen wird, um die Begräbniskosten zu decken. Es ist geradezu entsetzlich, und ich bin verloren. Ich wollte, ich wäre tot. . . Tot! Und was sollte aus meiner armen Laurencia und meiner franken Geneviève werden, wenn sie aller Hilfsmittel entblößt zurückbleiben?“ Er sank wieder auf das Sofa nieder und verharrte wohl eine Viertelstunde lang völlig regungslos. Woran mochte er denken?

